

# Slowenien

Marco Lovec\*

Die Mitte-Rechts-Regierung der Slowenischen Demokratischen Partei (SDS) unter Führung von Janez Janša unterschätzte die zweite Welle der Covid-19-Pandemie. Ab Oktober 2020 führte dies zu einem schnellen Anstieg der Zahl von Infizierten, einer hohen Zahl von Todesfällen und strengen Lockdown-Maßnahmen, die über einen langen Zeitraum Bestand hatten. Infolgedessen büßte die slowenische Regierung an öffentlicher Unterstützung ein. Gegen Ende des Jahres 2020 beschloss schließlich die Rentnerpartei (DeSUS) die Regierungskoalition zu verlassen. Da sich die meisten Abgeordneten jedoch gegen vorgezogene Neuwahlen aussprachen, herrschte politischer Stillstand. Die SDS verschärfte ihren Feldzug gegen die „Mainstream-Medien“, indem sie unter anderem der nationalen Presseagentur die Finanzierung vorenthielt.<sup>1</sup> Die öffentlichen Proteste, die während des Lockdowns zum Stillstand gekommen waren, setzten sich im Frühjahr 2021 fort.

Auf dem Gipfeltreffen des Europäischen Rats im Juli 2020 begrüßte die Regierung die Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den Zeitraum 2021–2027 und die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF). Ministerpräsident Janša gratulierte auch Donald Trump per Twitter zu dessen Wahlsieg in den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen, was einen Twitter-Streit mit Beraterinnen und Beratern der Biden-Kampagne sowie einzelnen europäischen Politikerinnen und Politiker sowie Diplomatinen und Diplomaten auslöste. Als Ungarn und Polen Ende 2020 damit drohten, die interinstitutionelle Vereinbarung über den MFR und die ARF aufgrund der verstärkten rechtsstaatlichen Konditionalität zu blockieren, rief Janša zum politischen Kompromiss auf. Anfang 2021 übte Janša wegen Verzögerungen bei der Lieferung von Impfstoffen auch scharfe Kritik an der Europäische Kommission. Im April wurde zudem ein Non-Paper zum Westbalkan veröffentlicht, das Slowenien zugeschrieben wurde<sup>2</sup> und in dem die Ziehung ethnischer Grenzen in der Region vorgeschlagen worden war.

Aufgrund des konfliktreichen Verhaltens und der kontroversen Kommunikation der Regierung Janša gab es in EU-Institutionen Überlegungen, ob an der slowenische Ratspräsidentschaft, die für die zweite Jahreshälfte 2021 vorgesehen war, vorbeigearbeitet werden könnte.

## Politischer Stillstand

In der Anfangsphase der Covid-19-Pandemie war die Unterstützung für die Regierung noch verhältnismäßig groß. Das änderte sich jedoch aufgrund immer wieder verlängerter Einschränkungen, eines beträchtlichen Korruptionsskandals um den Kauf medizinischer

---

\* Übersetzt aus dem Englischen von Thomas Traguth.

1 Marko Lovec: Nations in Transit 2021, Slovenia 2021, in: Freedomhouse, abrufbar unter: <https://freedomhouse.org/country/slovenia/nations-transit/2021> (letzter Zugriff: 1.6.2021).

2 Carl Bildt: The Balkans non-paper and the dangers of Plan B, European Council on Foreign Relations (ECFR), 10.5.2021, abrufbar unter: <https://ecfr.eu/article/the-balkans-non-paper-and-the-dangers-of-plan-b/> (letzter Zugriff: 1.6.2021).

Ausrüstung, in den einige Regierungsmitglieder verwickelt waren, sowie der Einmischung in unabhängige staatliche Institutionen, Medien und die Zivilgesellschaft unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung.<sup>3</sup> Die Regierung handelte im Herbst 2020 nur zögerlich, selbst als die Zahl der Infizierten bereits wieder anstieg. Die schnelle Ausbreitung der Krankheit und die steigende Zahl der Todesopfer – vor allem in Altersheimen, wo jede zehnte Person starb<sup>4</sup> – erzwangen die Einführung strenger Maßnahmen über einen langen Zeitraum. Aufgrund der politischen Einflussnahme auf die Empfehlungen der Expertinnen und Experten wurden einige der ergriffenen Maßnahmen im Vergleich zu den weniger eingeschränkten Bereichen des Alltagsr als unverhältnismäßig angesehen,<sup>5</sup> so zum Beispiel die mehrmonatige Schließung aller Schulen und Kindergärten und das Reiseverbot zwischen einzelnen Gemeinden. Dieses selektive Vorgehen trug zu Misstrauen und Missachtung der Maßnahmen bei und behinderte deren Wirksamkeit zusätzlich. Die Regierung machte schließlich die Opposition, die Medien und Demonstrantinnen und Demonstranten für die Ausbreitung der Krankheit verantwortlich. Erst im Jahr 2021 begann sich die Lage zu verbessern. Dennoch waren weitere Lockdowns erforderlich, bis die meisten Maßnahmen mit Beginn des Sommers 2021 aufgehoben werden konnten.

Im Spätsommer 2020 spitzten sich die Beziehungen innerhalb der Koalition zu, als Ministerpräsident Janša sich weigerte, trotz des Drucks seitens der DeSUS-Abgeordneten, die amtierende Landwirtschaftsministerin und damalige Präsidentin der DeSUS des Amtes zu entheben, als diese mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert wurde. Nachdem DeSUS gegen Ende des Jahres einen neuen Parteivorsitzenden gewählt hatte, beschloss die Partei aus der Koalition auszusteigen. Einige der DeSUS-Abgeordneten unterstützten jedoch weiterhin die Minderheitsregierung.<sup>6</sup> Im Jahr 2021 verließen drei Abgeordnete der „Modernen Zentrumspartei“, darunter der Parlamentspräsident, die Koalition. Aufgrund der unzureichenden Unterstützung gelang es der Regierungskoalition nicht, einen neuen Parlamentspräsidenten aus ihren eigenen Reihen zu wählen. Die öffentlichen Massenproteste, die von der Zivilgesellschaft organisiert und von einzelnen Oppositionsparteien unterstützt wurden, begannen während der ersten Welle der Pandemie und hielten bis November 2020 an, bis sie aufgrund der Covid-19-Restriktionen und gewaltsamer Zusammenstöße zwischen einer separaten Gruppe von Randaliererinnen und Randalierern mit der Polizei vorübergehend eingestellt wurden. Der Polizei wurde wiederholt vorgeworfen, mit unverhältnismäßigen Mitteln gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vorzugehen.<sup>7</sup> Im Frühjahr 2021 setzten sich die öffentlichen Proteste fort.

## Euroskeptizismus

Inmitten der Verhandlungen des Europäischen Rates über den MFR und die ARF im Juli 2020, twitterte Janša, dies seien die politischsten Verhandlungen, die er bisher auf europäischer Ebene erlebt habe. Während dieser Verhandlungen hatten einige Nettozahler die legitime Verwendung von EU-Mitteln in Frage gestellt, zum Beispiel durch bestimmte illiberale Regime, und forderten zusätzliche verbindliche Auflagen. Die endgültige Einigung wurde in Slowenien, einem kleinen Land mit einer offenen Wirtschaft, mit Optimismus

---

3 Lovec: Nations in Transit, 2021.

4 Amnesty International: Slovenia 2020, abrufbar unter: <https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/slovenia/report-slovenia/> (letzter Zugriff: 1.6.2021).

5 Lovec: Nations in Transit, 2021.

6 Ibid.

7 Amnesty International: Slovenia 2020.

aufgenommen, da es selbst mit einem wachsenden Haushaltsdefizit und steigender Staatsverschuldung aufgrund von Lockdown-Maßnahmen und damit einhergehenden erhöhten öffentlichen Ausgaben zu kämpfen hatte. Dennoch hielt Janša zusammen mit dem ungarischen Ministerpräsident Viktor Orbán und dem serbischen Präsidenten Aleksander Vučić im Sommer 2020 eine Online-Konferenz ab, in der sie versuchten, eine konservativ-nationalistische, migrationsfeindliche und familienfreundliche Alternative zum Mainstream der elitären Ideologie der „Brüsseler Blase“ zu entwickeln, welche ihrer Meinung nach von Neomarxismus und extremem Liberalismus durchsetzt sei.<sup>8</sup>

Nach den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten gratulierte Janša Donald Trump zu seinem angeblichen Sieg und lieferte sich eine Twitter-Schlacht mit Beraterinnen und Beratern der Biden-Kampagne sowie mit einzelnen europäischen Politikerinnen und Politikern sowie Diplomatinen und Diplomaten, wie zum Beispiel Wolfgang Ischinger, dem Vorsitzenden des Münchner Sicherheitsforums.<sup>9</sup> Dieser Konflikt internationalisierte seine Kampagne gegen die „Mainstream“-Medien, Organisationen der Zivilgesellschaft und Expertinnen und Experten, denen er Voreingenommenheit und Linkslastigkeit vorwarf. Zu dem Zeitpunkt, als sich die EU auf die Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft mit der neuen US-Regierung vorbereitete, besuchte der slowenische Außenminister Anže Logar den scheidenden US-Außenminister Mike Pompeo, während Janša einen Staatsbesuch bei Premierminister Benjamin Netanjahu in Israel absolvierte. Zuvor hatte Pompeo in Slowenien eine außerordentliche Erklärung zur Sicherheit der 5G-Netze unterzeichnet, die sich implizit gegen Huawei richten sollte. Zudem hisste die slowenische Regierung während des Konflikts zwischen der Hamas und Israel im Mai 2021 eine israelische Flagge am Regierungsgebäude. Bei mehreren Gelegenheiten gebrauchte Janša antiislamische Rhetorik und der slowenischen Polizei wurde gezielte rassistische Diskriminierung palästinensischer Demonstrantinnen und Demonstranten vorgeworfen.<sup>10</sup>

Gegen Ende des Jahres 2020 schloss sich Janša der Drohung Ungarns und Polens nicht an, das für den MFR und die ARF relevante Eigenmittelabkommen wegen des Mechanismus zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit zu blockieren, sondern veröffentlichte einen Brief, in dem er zu einem politischen Kompromiss aufrief. Nach eigener Aussage dankten ihm die deutsche Ratspräsidentschaft und Bundeskanzlerin Angela Merkel für seine konstruktive Rolle.

### **Kommende Ratspräsidentschaft**

Im Jahr 2021 schloss sich Janša anderen europäischen Staats- und Regierungschefs an, die die Impfstrategie der EU und insbesondere die Verzögerungen bei der Lieferung von Impfstoffen offen kritisierten. Gemeinsam mit Österreich und der Tschechischen Republik sprach sich Slowenien gegen den Vorschlag aus, einen Teil der zusätzlichen Lieferungen, die sich die EU sichern konnte, umzuverteilen. Sie waren mit dieser Position jedoch isoliert. Infolgedessen war die Tschechische Republik sogar schlechter gestellt, als sie es gewesen wäre, wenn sie sich an der Umverteilung beteiligt hätte.<sup>11</sup> Die slowenische

8 Lili Bayer: EPP's illiberal rebels lay out political vision, in: Politico, 8.7.2020.

9 James Palmer: Slovenia PM Frantically Tries to Justify Congratulatory Trump Call, in: Foreign policy, 7.11.2020.

10 Amnesty International: Slovenia 2020.

11 Mekhreen Khan: EU cuts Austria, Slovenia and Czech Republic from extra vaccine deal, in: Financial Times, 1.4.2021.

Regierung half der Tschechischen Republik, indem sie ihr einen Teil ihrer eigenen Lieferungen zur Verfügung stellte.

Im April wurde ein Non-Paper zum Westbalkan veröffentlicht, in dem vorgeschlagen wurde, ethnische Grenzen in der Region zu ziehen.<sup>12</sup> Es wurde kolportiert, das Non-Paper stamme aus Slowenien, da die slowenische Regierung und der Präsident angeblich an der Verbreitung des Papiers beteiligt waren. Während das slowenische Außenministerium mehrfach jegliche Beteiligung dementierte, bezog Janša hierzu keinen klaren Standpunkt. Aufgrund einiger kontroverser Vorfälle und der Rhetorik von Janšas Regierung wurde die slowenische Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 2021 zunehmend als Belastung für die EU wahrgenommen.<sup>13</sup> Janšas Einmischung in die Medien, wie die Aussetzung der Finanzierung der nationalen Presseagentur und in die Justiz, oder die Weigerung, jene slowenischen EU-Staatsanwälte zu ernennen, die von der Justiz vorgeschlagen wurden, um die Verwendung von EU-Geldern in Slowenien stärker zu überwachen, lösten Kritik seitens der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments aus. Janša begegnete seinen Kritikerinnen und Kritikern mit einer feindseligen Rhetorik. Seine SDS entschied sich für den Verbleib in der Europäischen Volkspartei (EVP), nachdem die ungarische Fidesz-Partei ausgeschlossen worden war, aber Janša beteiligte sich an Diskussionen über die Gründung einer neuen pan-europäischen national-konservativen Fraktion, die von den EP-Fraktionen Identität und Demokratie sowie Europäische Konservative und Reformer wie auch von Teilen der EVP gebildet werden sollte. Es bestand fortlaufend die Gefahr, dass bestimmte Themen auf der Tagesordnung der Ratspräsidentschaft (miss-)braucht würden, um die Gräben zwischen nationalistischen und globalen Weltanschauungen in der EU weiter zu vertiefen, oder für innenpolitische Zwecke in Slowenien auszunutzen. Die wichtigsten Themen für die slowenische Ratspräsidentschaft beinhalten Krisenresistenz, die digitale Agenda und Cybersicherheit, sowie Migration und Rechtsstaatlichkeit. Ein wesentlicher Teil der Konferenz über die Zukunft Europas wird ebenfalls in die slowenische Ratspräsidentschaft fallen. Einer der Höhepunkte der Präsidentschaft wird schließlich der informelle Westbalkangipfel sein. Vor dem Hintergrund der Befürchtung, einzelne Themen könnten politisiert werden, hatten die EU-Institutionen bereits in Erwägung gezogen, die slowenische Präsidentschaft notfalls auch zu umgehen.

### Weiterführende Literatur

Covid-19-Sledilnik: Covid-19 related data for Slovenia, abrufbar unter: <https://covid-19.sledilnik.org/en/stats> (letzter Zugriff: 1.6.2021).

Marko Lovec: Pandemic as a litmus test for the grand theories of European integration, in: *Teorija in praksa* 57/2020, S. 1086–1104.

---

12 Carl Bildt: The Balkans non-paper, 2021.

13 Ester Szalan: EU institutions brace for impact of Slovenia's Janša, in: *EUobserver*, 1.4.2021.